

hung erniedrigt den Menschen zur Produktionsmaschine oder zum Produktionsklaven, bildet ihn bestenfalls zum Kollektivmenschen. Die christliche Erziehung bildet das Menschenkind zum Edelmenschen, zum geistigen Herrn der materiellen Schöpfung, führt ihn zur Kindschaft Gottes.

In den „Dämonen“ hat Dostojewskij mit einem erstaunlichen Vorfühlungsvermögen kommunistisches Rußland vorweggenommen. Man könnte versucht sein anzunehmen, manche Details der kommunistischen Umwälzung seien nach den Rezepten revolutionärer Helden Dostojewskijs ins Werk gesetzt worden. In einer Unterhaltung des Revolutionärs Kirillow mit seinem Widerpart sagt Kirillow: „Dann gibt es ein neues Leben, einen neuen Menschen, alles wird neu sein ... dann wird man die Geschichte in zwei Teile teilen: vom Gorilla bis zur Abschaffung Gottes und von der Abschaffung Gottes bis...“

„Bis zum Gorilla?“

„Bis zur Umgestaltung der Erde und bis zur physischen Umgestaltung des Menschen. Der Mensch wird Gott...“

Wenn ein Schwimmer sich über die Wasseroberfläche erheben will, so fällt er naturnotwendig über kurz oder lang unter das früher eingenommene Niveau zurück. Macht der Mensch sich selbst zu Gott, so sinkt er sozusagen unter sein eigenes Niveau zurück, ja unter das des Tieres. Denn eine hochentwickelte Bestie mit Verstand ist gemeingefährlicher als ein blind seinem Instinkt folgendes Raubtier irgendwo in der Wildnis Afrikas.

Wenn heute die kommunistische Schule noch nicht den ihr zukommenden Tiefstand erreicht hat, so ist sie nicht „schuld“ daran, sondern es ist das Verdienst Tausender von Erziehern und Lehrern, die noch im Dienste anderer Ideale arbeiten, deren Kraft sie aufrecht hält¹.

Um Demokratie

Von Jakob Overmans S. J.

In einem der Bücher über Stresemann wird an den einleuchtenden Grund erinnert, mit dem Ernst Moritz Arndt die Demokratie vor den Fürsten des Wiener Kongresses rechtfertigte: Je mehr durch Zunahme der Bildung das Verständnis der Völker für staatliches Geschehen wächst, um so weniger ertragen sie es, von der Mitwirkung an der Gestaltung des Vaterlandes ausgeschlossen zu sein, für dessen Freiheit sie alle Gut und Blut haben einsetzen müssen. „Hier liegt die tiefste Wurzel der demokratischen Welle, die von den Freiheitskriegen wie von fast allen Kriegen der neueren

¹ Literatur: Bulletin des Kommissariats für Volksaufklärung. Moskau. — Eugen Dévaud, *La Pédagogie scolaire en Russie Soviétique* (Questions disputées, sous la direction de C. Journet et J. Maritain). Paris 1932. — Die Hochschule in der Union der Sowjetrepubliken, Artikel von S. Hessen in der russischen Zeitung „Posljednia Novosti“. Von demselben Verfasser erscheint demnächst in Berlin das Buch: „15 Jahre Sowjetrussische Schule und Bildungspolitik“, das, nach einem von ihm gehaltenen Vortrag zu urteilen, sich voraussichtlich durch dieselbe erfreuliche objektive Darstellung der Sowjetschule auszeichnen wird wie seine bisherigen Schriften.

Zeit ausging.“¹ Bekanntlich ist dieser Gedanke im Weltkrieg und in den zunächst folgenden Jahren unzählige Male wiederholt worden, während der parlamentarischen Kämpfe gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht und im Sozialisierungsausschuss der deutschen Revolution nicht minder entschieden als durch den Ruf „Sicherung der Demokratie in der Welt“, mit dem die Vereinigten Staaten ihr Volk für den Krieg begeisterten.

Als aber allmählich klar wurde, daß auch Demokratie und Parlamentarismus das erhoffte Glück nicht brachten, und daß sie nicht einmal die Siegerstaaten vor den schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen bewahren konnten, ließen sich auffallend viele, zumal unter den Jugendlichen der Nachkriegsjahre, durch den äußersten Gegensatz der Demokratie anlocken, durch die Diktatur. Es kümmerte sie wenig, daß in diktatorisch regierten Ländern, in Spanien, in Italien, in Polen, in Rußland, die Zustände sicher nicht besser waren als anderswo: das mochte besondere Ursachen haben, die man z. B. aus einer deutschen Diktatur würde ausschalten müssen und können. Die neuen Antidemokraten lasen nicht ungern die Reden Bismarcks, übersahen aber vielleicht, daß dieser Heros ihrer Sehnsucht im Jahre 1892 in Jena gesagt hat: „Ohne einen Reichstag, der vermöge einer konstanten Majorität, die er in seinem Schoße birgt, imstande ist, die Pflicht einer Volksvertretung dahin zu erfüllen, daß er die Regierung kritisiert, kontrolliert, warnt, unter Umständen führt, der imstande ist, dasjenige Gleichgewicht zu verwirklichen, das unsere Verfassung zwischen Regierung und Volksvertretung hat schaffen wollen, — ohne einen solchen Reichstag bin ich in Sorge für die Dauer und Solidität unserer nationalen Institutionen.“ Und gegenüber allzu bequemer Geringerschätzung „westlicher“ Demokratien macht ein so weltkundiger Staatsmann wie Graf Karl Sforza die immerhin beachtliche Tatsache geltend, daß im Weltkriege „nur die Staaten mit demokratischer Tradition die Probe bestanden haben“².

Bekanntlich hat es seit den ältesten Zeiten blühende Demokratien gegeben, und ihre genaue Kenntnis ist für ein Urteil über heutige Demokratien durchaus nicht nutzlos. Francesco Nitti, der sich als Universitätslehrer und Staatsminister Jahrzehnte lang mit diesen Fragen beschäftigt hat, und nun wie Sforza dank dem Faschismus seine Erwägungen und Erfahrungen außerhalb Italiens drucken lassen muß, faßt das Ergebnis seiner Beobachtung der treibenden Kräfte des öffentlichen Lebens in den kurzen Satz: „Nur die Formen haben sich gewandelt, die Leidenschaften sind gleich geblieben.“³ Wer nicht so tief in die Vergangenheit hinabsteigen will wie Nitti, kann schon aus der kurzen Geschichte der modernen Demokratie, die ja vor kaum anderthalb Jahrhunderten begonnen hat, manche Vorteile und Nachteile dieser Staatsform richtiger sehen lernen, als sie dem durch Parteikämpfe des Tages gebannten Blick erscheinen.

¹ Dr. Heinrich Bauer: Stresemann. Ein deutscher Staatsmann (Berlin 1930, Stilke) 41 f.

² Les bâtisseurs de l'Europe moderne. Par le comte Sforza (Paris 1931, Gallimard) 393.

³ Francesco Nitti, La democrazia. 2 Bde. Paris 1932. Editions Contemporaines, Vorrede.

Unvergessen sind mir die weit zurückliegenden Stunden, in denen ich mit dem Zentrumsführer Adolf Gröber die Einwände gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht durchsprach. Es war die Zeit, aus der Fürst Bülow in seinen Denkwürdigkeiten berichtet, er habe sich am 26. März 1908 im Reichstage der Übertragung des demokratischen Reichstagswahlrechtes auf Preußen widersetzt⁴. Bülows Bemerkungen zeigen auch hier mehr Witz als staatsphilosophische Gründlichkeit. Er meint z. B. die ihm verhaßte Erweiterung des Wahlrechtes durch die Erzählung zu treffen, daß in der Berliner Stadtverordnetenversammlung ein Sozialdemokrat sich während der Debatte plötzlich auf einen rechtsgerichteten Kollegen gestürzt, ihn zu Boden geworfen und gerufen habe: „Sie Lump, Ihnen zerreiße ich in Stücke!“ Von allem andern abgesehen — Adolf Gröber war ein viel zu ernster Denker und ein viel zu lauterer Charakter, als daß er ein Grundrecht der Volksvertretung irgendwie von der Beherrschung des parlamentarischen Tones abhängig gemacht hätte.

Den Ausschlag zu Gunsten des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gab für Gröber die Tatsache, daß auf allen Stufen des Besitzes und der Bildung Wähler wie Abgeordnete nicht rein erkenntnismäßig, sondern vorwiegend willensmäßig entscheiden. Bewußt oder unbewußt stehen sie unter dem Einfluß von Interessen, die den Blick für das Wohl der Gesamtheit verengen und den Mut zu Opferbereitschaft lähmen. Weil es kaum möglich sei, aus der Gesamtheit die Wähler herauszufinden, die solchen eigennützigen Beweggründen weniger zugänglich seien, scheine es besser, allen dasselbe Recht zu geben, zumal da wegen der Vielseitigkeit der meisten politischen Fragen die klarere Einsicht durchaus nicht ohne weiteres bei Leuten mit akademischer Fachbildung oder in glänzender wirtschaftlicher Stellung zu erwarten sei. Selbstverständlich müsse unermüdlich an der politischen Erziehung des ganzen Volkes gearbeitet werden, so daß die Erfolgsaussichten gewissenloser Hetzer wenigstens allmählich abnähmen. So dachte Gröber. Der parlamentarische Ton aber muß sich dann von selber einstellen, weil doch ein so erzogenes Volk schließlich nach einem in Versammlung und Presse anständig geführten Wahlkampfe weniger wortgewandte Streber und mehr kenntnisreiche und pflichtbewußte Hüter seiner Staatsgemeinschaft ins Parlament schicken wird.

Schon die wesentlich demokratische Forderung, das gesamte Volk politisch zu schulen, sollte die beruhigen, die in der Demokratie eine Gefährdung notwendigen Führertums erblicken. Denn mit je tieferem Verständnis alle sich um den Staat bemühen, um so mehr Möglichkeiten haben wirkliche Führernaturen, ihre Überlegenheit zur Anerkennung zu bringen. Sie werden dazu sogar dann imstande sein, wenn Politik nicht ihre eigentliche Stärke ist. Bei George Washington stellt der sachkundige Diplomat, der sein erster deutscher Biograph geworden ist, als lebenslange „Hemmung fest, daß er sich „des Fehlens einer ausgesprochenen politischen Be-

⁴ Bernhard Fürst v. Bülow, Denkwürdigkeiten, hrsg. von Franz v. Stockhammern (4 Bde. Berlin 1930 f., Ullstein), II 462 f.

gabung“ bewußt war⁵. Deshalb hat er an dem Entwurf der amerikanischen Verfassung wenig teilgenommen. Aber er war ein „geborener Führer der Menschen, Führer der Männer, wie es wenige je gegeben“ hat, und obwohl aus aristokratischer Familie, lehnte er die ihm aus der Mitte seiner siegreichen Truppen angetragene Königskrone ab und gründete die größte republikanische Demokratie, zu der ihm kein modernes Vorbild den Weg beleuchtete. Ihre Verfassung ist so wenig ein Hindernis für die Entwicklung von Führern, daß der Breslauer Professor Eugen Kühnemann aus den Bestimmungen über die Stellung des Präsidenten mit Recht den Schluß zieht: „Der Gedanke des freien und selbständigen Führers ist in die Demokratie hineingearbeitet.“⁶ Aber auch für andere Posten habe Amerika immer wieder die Führer gefunden, die das Land „zur Offenbarung aller seiner Kräfte“ gebracht hätten.

Washingtons Ideal war „Regierung durch Auserwählte, nach Stand, Erziehung, Fähigkeiten, Charaktereigenschaften Geeignete, die sich vom großen Haufen unterschieden“, weshalb er, einmal durch das souveräne Volk auf seinen Platz gestellt, vor einer „Regierung gegen die Volksstimmung und trotz der Volksstimmung“ durchaus nicht zurückschreckte⁷. In dieser Charakterstärke, die „seine uneinigen Volksgenossen durch ihre Liebe, ihre Hochachtung und ihre Bewunderung für ihn“ zusammenhielt, erblickte der deutsche Reichskanzler Brüning die „wahre Größe Washingtons“, vor der jeder Staatsmann in unvermeidlichen Kämpfen die Mahnung vernehme: „Ausharren, nicht verzagen“⁸. Solche Führer werden von der Demokratie nicht bloß geduldet, sondern verehrt. „Die christlich-nationalen Gewerkschaften“, schrieb die ihnen bekanntlich nahestehende Berliner Tageszeitung „Der Deutsche“ (23. Juli 1932, Nr. 171), „wissen den Wert des echten Führertums besonders zu schätzen.“ Der Arbeiter wolle im Staate „nach der jeweiligen persönlichen Eignung mitbestimmen und mitführen, ohne an dieser Mitarbeit durch gesellschaftliche oder sonstige Vorurteile gehindert zu werden. Die Autorität des Führers wird dabei unbedingt bejaht.“

Diese Auffassung wird nicht durch die bekannte Tatsache entwertet, daß in der Demokratie wie in andern Staatsformen gute Führer seltener sind als mangelhafte. Ohne Verlegenheit kann daher ein so überzeugter Demokrat wie Prälat August Pieper zugeben, es werde „mit Recht darauf hingewiesen, daß die Formaldemokratie bisher fast überall zur Vergewaltigung der Minderheit durch die Mehrheit, zur Vorherrschaft der Geldmacht, der Berufspolitiker und der ihnen dienstbaren Parteien, damit zur Korruption führte“⁹. Zunächst könnte man ja dazu sagen, daß Vergewal-

⁵ Walther Reinhardt: George Washington. Die Geschichte einer Staatengründung (Frankfurt 1931, Societätsverlag) 17 270 f. 299 362.

⁶ Eugen Kühnemann: George Washington. Sein Leben und Werk (Bremen 1932, G. A. v. Halem) 34 38.

⁷ Reinhardt a. a. O. 341.

⁸ George-Washington-Feier 1932 in Berlin. Reden von A. Erkelenz, Reichskanzler Dr. Brüning, Botschafter Fr. M. Sackett, Professor Dr. Windelband und Tätigkeitsbericht der Vereinigung Carl Schurz (Bremen 1932, G. A. v. Halem) 10.

⁹ Staatslexikon der Görresgesellschaft I⁵ (Freiburg 1926) Sp. 1341.

tigungen von Minderheiten immer noch nicht so schlimm sind wie die in der Geschichte des Feudalismus, des Absolutismus und der Diktatur beschämend oft bezeugten Vergewaltigungen von Mehrheiten und ganzen Völkern durch eine dünne Oberschicht, die in zahlreichen Fällen ihre Herrschaft ebenfalls durch Korruption zu behaupten suchte. Ist ein Volk um so besser gegen Vergewaltigungen geschützt, je weniger politische Rechte die Volksgenossen haben? Und welche politische Führung steht menschlich höher, die diktatorische Hitlers, der den „Objektivitätsfimmel“ verurteilt und den Rat gibt, in stets gleicher Massenpropaganda die „Schuld restlos dem Gegner aufzubürden, selbst wenn dies wirklich nicht so dem wahren Hergange entsprochen hätte“¹⁰ — oder die demokratische Piepers, der aus allen Ständen tüchtige Menschen sucht, die den durch sich allein nicht genügend staatlich eingestellten Massen den Staatsgedanken erklären und vorleben? Pieper will nicht eine „durch Aufpeitschung der dunklen Leidenschaften, durch Demagogie, durch Anklagen gegen andere zusammengewürfelte gewissenlose Masse“, sondern eine klar bewußte, Führer und Gefolgschaft organisch verbindende „Lebensgemeinschaft des Treueverhältnisses im gemeinsamen Dienst am Wohl des Staatsvolkes“¹¹.

Dabei braucht man durchaus nicht zu bestreiten, was der alte Clemenceau seinem Sekretär Martet sagte: „Das politische Leben verlangt andere Vorzüge als Vernunft und Mäßigung. Da muß man aus sich herausgehen, einer dem andern die Stirne bieten, die Ärmel hochkrempeln und sich miteinander messen.“¹² Und auch dem sehr gescheiten Ludwig Bamberger wird man zustimmen, wenn er dem General von Loë auseinandersetzt, in schwierigen politischen Verhandlungen „gebe es einen Moment, wo alle Wirkung von Argumenten aufgehört habe und nur die unwiderrufliche Stimmung entscheidend sei.“ Dann bleibe oft „nur das Expediens, zu dem jeder wahre Politiker zu greifen verstehen müsse: inkonsequent sein. Bismarck habe das aus dem ff verstanden. Nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen.“¹³

Aber ein scharfer politischer Kampf darf nicht unsachlich, eine kluge Kompromißbereitschaft nicht unwahrhaftig sein, und wenn diesen Gefahren eine sog. „formale“ Demokratie, in der die einzelnen sich ohne organische Gemeinschaftsgliederung zum Staate zusammenschließen, leicht erliegt, so ist das eben ein Grund mehr, nicht diese Art von Demokratie zu wünschen, sondern die organisch aus Familien, Berufsständen, Gemeinden und Gauen sich aufbauende Demokratie, die von der mittelalterlichen Scholastik bis zu den Rundschreiben der letzten Päpste zu den Grund-

¹⁰ Adolf Hitler, Mein Kampf. Ungekürzte Ausgabe in einem Bande¹⁰ (München 1932) 200 ff.

¹¹ Staatslexikon I⁵ 1339.

¹² Clemenceau spricht. Unterhaltungen mit seinem Sekretär Jean Martet (Berlin 1930, Rowohlt) 406 f.

¹³ Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers. Eingeleitet und herausgegeben von Dr. Ernst Feder (Frankfurt 1932, Societätsverlag) 475 f.

anschauungen der christlichen Gesellschaftslehre gehört, einerlei, ob ein so gewachsenes Staatsvolk republikanisch oder monarchisch regiert wird, ob es, wie England, eine Aristokratie anerkennt oder nicht. Daß dieser Gedanke nicht akademisches Sondergut bleibt, beweist seit Jahrzehnten die Schulung der christlichen Arbeiter. Klar heißt es z. B. in einer aus den katholischen Gesellenvereinen hervorgegangenen Schrift: „Stern und Kern der wirklichen Demokratie ist neben der Freiheit die gemeinsame Verantwortung. Diese kann nur erwachsen aus dem überschaubaren Kreise der Selbstverwaltung in Beruf und Gemeinde, um sich von da aus in größere soziale Räume emporzuentwickeln.“¹⁴

Sachkenntnis und Verantwortungsgefühl sind aber zugleich die Voraussetzungen der gesunden Opposition, die keine Regierung, erst recht keine parlamentarische, entbehren kann, weil unter Menschen auf die Dauer jede unbeaufsichtigte Gewalt mißbraucht wird. Wo die Minister aus den Mehrheitsparteien hervorgehen, also Parlamentsmehrheit und Regierung sich ziemlich decken, ist eine wirksame Aufsicht nur durch die Opposition möglich. Eine Opposition aber, die sich nicht verantwortlich fühlt, verfällt der Demagogie. Durch Erweiterung der Verantwortlichkeit, sagte Stresemann in seiner großen Reichtagsrede vom 29. März 1917, werde man „die Demagogie zum Teufel jagen. Wer für das, was er zu vertreten hat, verantwortlich ist, ist in ganz anderer Weise fähig, Gesetzesarbeit zu tun, als wenn jemand unverantwortlich in der Lage ist, Opposition zu machen, ohne jemals in die Lage versetzt zu werden, das von ihm theoretisch Vertretene auch praktisch zu vertreten.“¹⁵

Vom politischen und wirtschaftlichen Gefüge des Staates und vielleicht auch noch von andern Unterschieden der Bevölkerung wird es abhängen, ob außerdem irgend ein Zweikammersystem ein zweckmäßiger Schutz gegen gesetzgeberische Willkürlichkeiten oder Zufälligkeiten ist. Im Januar 1873 sagte Bismarck zu Ludwig Bamberger, „eine gute erste Kammer aus Kapazitäten, gewählttem Grundbesitz, Oberbürgermeistern, Oberpräsidenten und auch Millionären, kurz Leuten, die das Regieren oder Verwalten verstehen und was zu verlieren haben, sei nötig im Parlamentsgefüge.“¹⁶ Später haben Bismarck und Treitschke über das preußische Herrenhaus weniger günstig geurteilt, und ein Reichsoberhaus hielt Stresemann für ein Unding¹⁷.

Jedenfalls müßte sich auch in der Zusammensetzung der wie immer genannten Körperschaft, die ein heilsames Gegengewicht des Hauses der nur aus Wahlen hervorgegangenen Abgeordneten sein soll, das organische Wachstum des Staatsvolkes und nicht der Machtwille der Regierung spiegeln. Gerade die Überzeugung, daß eine durchaus organische Entwicklung der staatlichen Gemeinschaft notwendig ist, machte Seipel, wie Dr. Werner Thormann aus langjährigem Verkehr mit ihm bezeugen kann, zum

¹⁴ Dr. Wilhelm Reinermann, Mit Kolping zur deutschen Freiheit (Köln 1932, Gesellenvereinsverlag) 25.

¹⁵ Bauer a. a. O. 66.

¹⁶ Feder a. a. O. 300.

¹⁷ Bauer a. a. O. 63.

entschiedenen Demokraten. Ja, Seipel „sah in der Demokratie das System, das die größten Kontrollmöglichkeiten in sich birgt und die Chance gibt, einmal als richtig erkannte und dem politischen Grundsatz des Gemeinwohls entsprechende Ziele mit Geduld und Beharrlichkeit durchzusetzen.“¹⁸

Allerdings ist das Gemeinwohl als Staatszweck bei vielen unserer Zeitgenossen derart in Vergessenheit geraten, daß im Londoner „Spectator“ 18. Juni 1932, S. 854) Sir Norman Angell in einem Aufsatz über den heutigen Stand der Demokratie fragen konnte, ob wir vom Staate wirklich die allgemeine Wohlfahrt verlangen. Und er antwortet, daß die Nationalisten aller Länder etwas ganz anderes verlangen: „Sie wollen, daß der Staat ihnen die Möglichkeit gebe, gewisse Triebe nach Vergeltung, nach Macht zu befriedigen.“ Tatsächlich heißt in Hitlers Lebensbuch der vorletzte Satz: „Ein Staat, der im Zeitalter der Rassenvergiftung sich der Pflege seiner besten rassischen Elemente widmet, muß eines Tages zum Herrn der Erde werden.“¹⁹ Als ob das ein erstrebenswertes Staatsziel wäre! England ist bekanntlich der Herrschaft über die Erde näher gewesen als irgend ein anderer Machthaber der Neuzeit, und doch schrieb der Herausgeber des „Spectator“ in seiner Jahresschau (18. November 1932, S. 718): „Wenn Größe in ungehemmter Herrschaft bestände, dann würde die Größe Englands jedes Jahr kleiner. Aber wir haben umgelernt und halten es jetzt für größer, den Völkern die Freiheit zu geben als sie uns zu unterwerfen, auch wenn wir sie besser regieren, als sie selber es können.“

Mag England von dieser aus bitteren Erfahrungen gewonnenen Überzeugung viel oder wenig verwirklichen, auf alle Fälle sollte bei ruhiger Erwägung jedem einleuchten, daß es ebenso beschämend wäre, wenn der eigentliche Wert eines Volkes von seiner politischen Macht abhinge, wie wenn der Wert eines Mannes hauptsächlich nach Körpergewicht und Muskelstärke bemessen würde. Gewiß liegen die Aufgaben des Staates innerhalb des menschlichen Erdenlebens, aber auch für die irdische Wohlfahrt eines Volkes sind Weltbeherrschung und Reichtum bei weitem nicht so wichtig wie Geisteskraft und Selbstbeherrschung, Gerechtigkeit und Herzensgüte. Nicht auf die Macht des Staatsvolkes kommt es an, sondern auf sein echt menschliches Glück, und wo der Staat alles tut, seinen Bürgern die Erreichung dieses Zieles zu ermöglichen, darf der Sohn des kleinsten Ländchens auf sein Vaterland ebenso stolz sein wie der Staatsangehörige einer Großmacht. Mit Recht stellen daher die christlichen Staatslehrer, Thomas von Aquino in seinem Fürstenbuche nicht anders als Leo XIII. in seinen Rundschreiben „Rerum novarum“ und „Immortale Dei“, die wesentliche Forderung, der Staat müsse für die irdische Wohlfahrt aller Bürger die Bedingungen schaffen, die von den ihn organisch aufbauenden Einzelmenschen und kleineren Gemeinschaften nicht verwirklicht werden können.

Nun bietet aber wiederum gerade die organisch gewachsene Demokratie die beste Gewähr, daß die Staatsregierung nicht die Macht dem Gemein-

¹⁸ Werner Thormann: Ignaz Seipel. Der europäische Staatsmann (Frankfurt 1932, Carolus-Druckerei) 60 f.

¹⁹ Hitler a. a. O. 782.

wohl vorzieht. Denn nur in einer solchen Demokratie dringt der Ausdruck des wirklichen Volkswillens aus allen Gauen und Ständen unverfälscht und ungeschwächt zu den höchsten Regierungsstellen. Dem Machtausch verfallen die am leichtesten, die vom Sehnen und Mühen der übergroßen Volksmehrheit am weitesten entfernt sind. Eine unverhetzte Bevölkerung ist selten eroberungslustig; sie glaubt meistens an den alten Vers des Horaz: „Was die Könige freveln, das haben die Griechen zu büßen.“²⁰ Als die deutschen Soldatenräte im Revolutionswinter den verbannten Zaren Ferdinand von Bulgarien in Koburg besuchten, lockte sie gewiß nicht der aristokratische Lebenskünstler, aber auch nicht der Schöpfer des Heeres, das bei Kirk-kilisse und Lüle-Burgas die Macht der Türken zerschmettert und drohend vor Konstantinopel gestanden hatte, sondern sie wollten ihm sagen, „er sei ihnen als Menschenfreund bekannt“²¹. Sie wußten, daß er gelernt hatte, die Lokomotiven seiner Züge selber zu führen, und daß ihm die bulgarischen Bauern Brot, Straßen und Schulen dankten. Und mit den Wünschen dieser schlichten Leute stimmt durchaus ein demokratischer Staatsmann wie Graf Karl Sforza überein, wenn er nicht will, daß irgend ein Land nach einem andern Vorrang strebe als dem, der beste „Herold für den Gedanken des Friedens und der Solidarität“ zu sein.²²

Leider bleibt uns noch ein schwerer Weg bis zu diesem Ideale. Selbst unter Bürgern desselben Landes fehlt es ja trotz allem, was sie die europäische Geschichte seit 1789 hätte lehren sollen, weithin an der praktischen Erkenntnis, daß keiner Bevölkerungsgruppe ein Herrschaftsanspruch zukommt, sondern daß der Staat nach Seipels nicht bloß für Österreich geltenden Worten „allen Teilen des Volkes volle Gewähr dafür bieten“ soll, daß sie „frei“ und „selbständig“ ihre „physische und kulturelle Wohlfahrt erreichen“ und „an der Leitung des Staates den ihrem tatsächlichen Kräfteverhältnis entsprechenden Anteil ausüben können.“²³ Der demokratische Staat ist allen Bürgern zur Hut übergeben, sie sind selber der Staat, und obgleich sie seinem Oberhaupte die gebührende Achtung nicht versagen, würden sie vor ihm niemals die bangen Gefühle Philipps zu Eulenburg erleben, der als „Erinnerung“ niederschrieb, Wilhelm II. als Gast zu haben, sei für seine Gedanken „eine stärkere Belastung, als sie häufig die Bewältigung eines schwierigen diplomatischen Problems darstellen würde. Denn die Person des Kaisers heil aus dem Schloß und Revier, aus Wagenfahrt, Speise- und Trankgenuß wieder zu entlassen, heil, ohne Ärger und Verdruß, ohne störenden Zwischenfall — das bedeutet sehr viel Aufmerksamkeit, ein Empfinden steter Verantwortlichkeit, die nur derjenige voll zu würdigen weiß, der einen Kaiser durch mehrere Tage und Nächte seinen

²⁰ Horatius, Epistulae I 2, 14.

²¹ Hans Roger Madol: Ferdinand von Bulgarien. Der Traum von Byzanz. Unter Benutzung ungedruckter Akten des Auswärtigen Amtes und des Geheimen Staatsarchivs (Berlin 1932, Universitas) 259.

²² Sforza a. a. O. 396.

²³ Dr. Bernhard Birk: Dr. Ignaz Seipel. Ein österreichisches und europäisches Schicksal (Regensburg 1932, Manz) 99 f.

Gast genannt hat.“²⁴ An menschlicher Größe steht demokratische Gesinnung im privaten wie im öffentlichen Leben nicht nur hinter keiner andern zurück, sondern unter allen Staatsformen stellt die Demokratie, wie August Pieper mit Recht betont, „an Charakter und Fähigkeiten der Bürger die höchsten Anforderungen.“²⁵

Deshalb ist es schließlich nicht sehr verwunderlich, daß sich wenig am demokratischen System, aber viel an den wirklichen Demokratien auszusetzen findet. „Die Demokratie“, sagt Clemenceau seinem Sekretär, „das sind die Menschen, — der Mensch. Ist der Mensch verdreht und dumm, dann ist es offenbar sehr verdrießlich. Aber ich weiß kein Mittel dagegen. ... Sie müssen nicht gegen Republik und Demokratie losziehen, weil Sie sie durch einige Windbeutel verkörpert sehen. Das Königtum wäre vermutlich durch dieselben Individuen verkörpert, und wenn durch andere, so würden die auch nicht mehr wert sein.“²⁶ Selbstverständlich bleibt die Besserung der Menschen eine nie ganz gelöste Aufgabe. Wer aber unterdessen an der Demokratie verzweifeln möchte, der lese, was Washington in den Tagen schrieb, in denen die gewaltigste moderne Demokratie entstanden ist: „Wenn ich eine Schilderung unserer Zeit und ihrer Menschen nach dem entwerfen müßte, was ich gesehen, gehört und erfahren habe, so müßte ich sagen, daß Faulheit, Lasterhaftigkeit und Verschwendungssucht die Haupteigenschaften der meisten zu sein scheinen, daß Spekulationswut, Veruntreuungen und ein unauslöschlicher Durst nach Reichtümern an der Tagesordnung sind, daß alles Gute und alle Ehrlichen in den Hintergrund gedrängt werden, daß Parteigezänk und persönliche Streitigkeiten die Hauptbeschäftigung des Tages bilden, während die folgeschweren Angelegenheiten eines großen Reiches: eine große, stets wachsende Schuld, ruinierte Finanzen, entwertetes Geld, Mangel an Kredit, womit Mangel an allem gegeben ist, nur geringes Interesse erregen und von Tag zu Tag, von Woche zu Woche verschoben werden, als ob es um unsere Sache glänzend stände.“²⁷ Amerika ist bekanntlich nicht so töricht gewesen, für diese Zustände seine demokratische Verfassung verantwortlich zu machen. — —

Thomismus und Molinismus

von Erich Przywara S. J.

Die Frage zwischen beiden (heute lebendig wie nur je) ist so sehr die Frage „wie zwischen zwei Weltanschauungen“ (Pohle), daß nicht einmal die Namengebung neutral ist.

In der Frage der Voraussicht und Vorbestimmung Gottes, die den Gegensatz der beiden Richtungen eigentlich auftrieb, lehrt Thomas selber

²⁴ Reinhold Conrad Muschler: Philipp zu Eulenburg. Sein Leben und seine Zeit (Leipzig 1930, Grunow) 210 f. ²⁵ Staatslexikon I⁵ 1334.

²⁶ Clemenceau spricht usw. 342 f.

²⁷ Kühnemann a. a. O. 30 f.